

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/174

Bonn, den 13. September 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Offene Türen</u> Internationaler Besuch im Atorforschungszentrum Karlsruhe Von Günter Markscheffel	68
3	<u>Rückschritt in Bayern</u> Rechtsanspruch auf Lernmittelfreiheit aufgehoben	52
4 - 5	<u>Die große Verkannte</u> Rosa Luxemburg und die Suche nach der Zukunft Von Günter Grossmann	92
6 - 7	<u>Jugoslawiens Rolle während der Krise um die UdSSR</u> Belgrad eindeutig auf der Seite der Prager Reformer Von Hans Peter Rullmann, Belgrad	58

*

*

*

Offene Türen

Internationaler Besuch im Atomforschungszentrum Karlsruhe

Von Günter Markscheffel

Als Bundesaußenminister Willy Brandt in seiner Rede vor der Genfer Konferenz der nichtnuklearen Staaten die Delegierten zur Besichtigung des deutschen Atomforschungszentrums in Karlsruhe einlud, glaubten viele Konferenzbeobachter, es handle sich hier um eine mehr oder weniger bedeutungsvolle Geste. Aber schon am Nachmittag des gleichen Tages ließen mehrere Delegationen beim Konferenzsekretariat anfragen, ob die Einladung an die Adresse aller Konferenzteilnehmer gerichtet sei und - wenn ja - wann der Besuch in Karlsruhe stattfinden könne.

Selbstverständlich war die Einladung nicht "mehr oder weniger", sondern sehr ernst gemeint. Der Bundesaußenminister wollte damit deutlich machen, daß die Bundesrepublik keine Geheimnisse hat und bereit ist, die Ergebnisse ihrer Forschungen auf dem Gebiet der atomaren Technik und Wissenschaft allen Staaten zugänglich zu machen, die es wünschen. Nachdem dieser Grundsatz vom Sekretariat der Genfer Konferenz noch einmal allen Delegationen mitgeteilt worden war, konnte der deutsche Delegationsführer, Botschafter Schnippenkötter schon eine Woche nach der Genfer Rede Brandts mit 60 Delegierten nach Karlsruhe fliegen.

Die Zusammensetzung dieser ersten Besucherdelegation zeigte, wie groß das Interesse an den deutschen Forschungsergebnissen in aller Welt ist. Zwar haben sich vorläufig noch die Vertreter der Ostblockstaaten zurückgehalten; sie ließen jedoch in Genf erkennen, daß auch ihr Interesse an einer Besichtigung in Karlsruhe nicht minder stark sei, als das der kleinen und mittleren Staaten. So hat zum Beispiel der Erste Vorsitzende der sowjetischen Atomkommission, Dr. J.D. Moronow, angekündigt, er werde voraussichtlich noch in diesem Herbst nach Karlsruhe kommen, obwohl die Sowjetunion als Nuklearmacht bei der Genfer Konferenz - ähnlich wie die USA und Großbritannien - nur einen Beobachterstatus hat.

Zunächst hat man in Karlsruhe natürlich nur einen flüchtigen Blick auf die Leistungen der deutschen Techniker und Wissenschaftler werfen können. Da es sich bei den Besuchern jedoch um qualifizierte Experten handelt, kann mit Sicherheit angenommen werden, daß diese auch in wenigen Stunden genug gesehen haben, um sich ein Urteil bilden zu können.

Entscheidend ist jedoch die politische Bedeutung eines solchen Ereignisses. In den meisten kommunistisch regierten Staaten wird seit Jahren behauptet, die Bundesrepublik versuche "hintenherum" in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen. Bei dem großen Respekt, den man im allgemeinen in der Welt vor den technischen Leistungen der Deutschen hat, ist es durchaus möglich, daß hier und dort den kommunistischen Einflüsterungen und Verdächtigungen Glaube geschenkt wird. Diesem, besonders von Ostberlin genährtem, Mißtrauen wollte Brandt durch die Einladung der Delegierten bei der Genfer Konferenz ein für alle Mal ein Ende bereiten. In Karlsruhe wurden in der vergangenen Zeit nicht nur bei der Entwicklung der sogenannten schnellen Brüter, sondern auch bei Erforschung von zuverlässigen Kontrollapparaturen hervorragende Ergebnisse erzielt. Es besteht für die Bundesrepublik kein Grund, diesen Tatbestand vor irgendjemandem zu verbergen. Jedes Land soll an den deutschen Forschungsergebnissen teilhaben können, die ganze Welt soll sich davon überzeugen, daß in der Bundesrepublik nichts Heimliches geschieht, und daß wir im Gegenteil die Türen unseres Hauses weit offen halten, um auch hierdurch der Welt zu zeigen, daß wir nicht nur auf den Fortschritt in unserem eigenen Lande, sondern in der ganzen Welt bedacht sind.

Bundesaußenminister Brandt hat mit der in Genf ausgesprochenen Einladung zur Besichtigung des deutschen Atomforschungszentrums in Karlsruhe dem deutschen Ansehen in der Welt einen guten Dienst erwiesen. Seine Geste ist ein Teil jener Bemühungen der Bundesregierung, ausgleichend und die Spannungen zwischen den Völkern und Staaten mildernd im Spiel der internationalen Politik mitzuwirken. Die Bundesrepublik Deutschland ist keine Weltmacht, sie will und kann niemandem ihre Vorstellungen von einer gesicherten Friedensordnung in Europa aufzwingen. Sie kann aber durch ihre Handlungsweise immer wieder demonstrieren, daß sie friedliche Ziele verfolgt und - ohne den natürlichen Wettstreit der Ideen übersehen zu wollen - stets bereit ist, den ihr angemessenen Beitrag zur Sicherung des Friedens zu leisten.

Rückschritt in Bayern

Rechtsanspruch auf Lernmittelfreiheit aufgehoben

spk - Zum Schulbeginn in diesem Jahr gibt es das erste Mal nach 20 Jahren nicht mehr für alle Schüler der bayerischen Volksschulen, Berufsschulen, Realschulen und Gymnasien den Rechtsanspruch auf kostenlose Zuteilung der Schulbücher. Nach der Aufhebung der allgemeinen Lernmittelfreiheit durch die Mehrheit des Bayerischen Landtages am 31.1.1968 müssen alle Familien mit einem monatlichen Bruttoeinkommen unter 1.250,00 DM die kostenlose Zuteilung der Schulbücher beantragen. Zu diesem Zweck mußten etwa eine Million Fragebogen gedruckt werden. Die Angaben über das Einkommen können von den Gemeinden überprüft werden. Die SPD betrachtet die Einschränkung der Lernmittelfreiheit als einen bedauerlichen Rückschritt. Ihre Sprecher im Landtag betonten immer wieder, daß die jährliche Einsparung von vier Millionen DM auf keinen Fall die Wiedereinführung einer Kluft zwischen "Bedürftigen" und "Nichtbedürftigen" in unseren Schulen rechtfertige.

Im Jahre 1967 wurden vom bayerischen Staat für die Lernmittelfreiheit insgesamt etwas über sechs Millionen DM ausgegeben. Am 28.11.1967 kündigte der bayerische Finanzminister an, daß durch die Einschränkung der Lernmittelfreiheit jährlich vier Millionen DM, also zwei Drittel der bisherigen Ausgaben eingespart werden sollen. Das würde bedeuten, daß auch für etwa zwei Drittel aller Schüler die Schulbücher selbst gekauft werden müßten. In diesem Jahr wurden im Staatshaushalt lediglich 600.000,00 DM weniger für die Lernmittelfreiheit vorgesehen. Wenn also der Finanzminister auf seine vier Millionen DM jährlich kommen will, würde wohl auch die Einkommensgrenze beträchtlich gesenkt werden. Diese Grenze wurde nicht im Gesetz bestimmt, sondern sie wird durch eine Verordnung des Kultusministeriums festgelegt. Ähnlich wurde das bereits bei der Ausbildungshilfe gehandhabt. Auch die Ausbildungshilfe wurde schon bald nach der Verabschiedung des Gesetzes empfindlich - zum Teil um die Hälfte - gekürzt. Der Verdacht der SPD ist also durchaus berechtigt, daß man durch etwas großzügigere Festlegung der Einkommensgrenze die Bevölkerung zunächst an die Einschränkung der Lernmittelfreiheit gewöhnen will, um dann den Anteil der "Bedürftigen" immer mehr einzuschränken.

Der Jahreshaushalt des bayerischen Staates beträgt gegenwärtig über 9 Milliarden DM. Selbst eine Einsparung von vier Millionen DM macht also nur etwa 0,04 Prozent aus. Es ist verantwortungslos, wegen eines solchen Betrages, der zudem noch durch den zusätzlichen Verwaltungsaufwand verringert wird, die Eltern empfindlich zu belasten. Besonders drückend wirkt sich die Belastung für Familien aus, die ihre Kinder in weiterführende Schulen schicken, da ja gleichzeitig auch die Ausbildungshilfe stark gekürzt worden ist. Wie man auf diese Weise den Bildungswillen fördern will, ist ein Geheimnis der bayerischen Staatsregierung.

Die Durchbrechung der allgemeinen Lernmittelfreiheit wurde von der Regierung mit dem Rückgang der Steuereinnahmen begründet. Tatsächlich entwickelten sich die Steuereingänge nach der Überwindung der wirtschaftlichen Depression rasch wieder aufwärts. Abgesehen davon war die Finanzlage im Jahre 1949, als die allgemeine Lernmittelfreiheit eingeführt wurde, wesentlich schlechter als im vorigen Jahr. Wenn damals, wo es an allen Ecken und Enden mangelte, die notwendigen Mittel aufgebracht werden konnten, muß das wohl auch heute möglich sein. Die SPD wird jedenfalls im Landtag erneut mit Nachdruck für die allgemeine Lernmittelfreiheit eintreten.

Die große Verkannte

Rosa Luxemburg und die Suche nach der Zukunft

Von Günter Grossmann

Die Vertreter der in Mode gekommenen anti-autoritären Establishment-Kritik lassen sich oftmals durch Geistesrichtungen inspirieren, die nur nach der Methode "Reim dich oder ich freß dich" auf einen Generalnenner gebracht werden könnten. Da steht unreflektiert Karl Marx neben Herbert Marcuse, Lew Dawidowitsch Trotzki neben Mao Tse-tung. Man nimmt auch gern Bezug auf einen Namen, dessen Trägerin der modernen Entwicklung politischer Philosophie wesentlich mehr Impulse verliehen hat, als auf einen flüchtigen Blick hin zu ahnen ist. Wer war Rosa Luxemburg, von der viele unserer Zeitgenossen im besten Fall - wenn überhaupt - wissen, daß sie auf heimtückische und grauenvolle Weise ermordet wurde?

Dr. Rosa Luxemburg verkörperte eine der stärksten geistigen Potenzen der internationalen Arbeiterbewegung in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Diese kleine körperbehinderte Frau wagte es in jener noch ausschließlich von männlicher Vorherrschaft geprägten Epoche, sich mit würdigen Vollbartträgern in den Parteivorständen der europäischen Sozialdemokratie kritisch auseinanderzusetzen. Ihr scharfer analytischer Verstand und ihre brillante Logik erlaubten es ihr, so hervorragende Theoretiker wie Karl Kautsky und Dr. Eduard Bernstein in die Schranken zu fordern. Viele vertrugen es schlecht, daß eine Frau ihnen ebenbürtig, wenn nicht gar überlegen, war. Der kluge und weitsichtige August Bebel aber vertraute ihr die Leitung der Zentralen Parteischule der SPD an.

Als überzeugte Marxistin konnte sich Rosa Luxemburg nie der Versuchung anheimgeben, die Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus bequemere Weise in starre Dogmen aufzulösen. Sie benutzte das wissenschaftliche Instrumentarium, das Marx seinen Jüngern an die Hand gegeben hatte, und interpretierte die Marx'schen Erkenntnisse unter Wahrung ihrer Wissenschaftlichkeit zugleich so elastisch, daß deren Lebendigkeit und Entfaltungsfähigkeit erhalten blieb und weiterentwickelt werden konnte. Sie sah klar, daß Marx den Sozialisten nicht das Weiterdenken nach seinem Tode abnehmen wollte, zumal er ihnen durch sein Werk eine exakte Anleitung für schöpferische Geistesarbeit zum Wohle der gesellschaftlichen Entwicklung hinterlassen hatte.

Während Marx sich darauf beschränkte, nüchtern festzustellen, ohne dabei moralisch zu werten, kommt bei Rosa Luxemburg ein starker moralischer Anspruch an das menschliche Wollen hinzu. Und das macht einen wesentlichen Zug ihrer Persönlichkeit aus: Ihr leidenschaftlicher Appell an die Menschlichkeit. Gerade aus humanitären Erwägungen plädierte sie konsequent für die revolutionäre Lösung der gesellschaftlichen Problematik. Weil sie den abhängigen und ausgelieferten Massen den langen Leidensweg der fortdauernden Hilflosigkeit ersparen wollte, lehnte sie den langwierigen und mühseligen Prozeß kleiner und kleinster evolutionärer Schritte ab. Ihre Menschenliebe verführte sie dabei allerdings zu einem rührenden Optimismus: Sie vertraute wohl allzu sehr auf die Erkenntnisbereitschaft derer, denen geholfen werden sollte. Sie erlag

dem verzeihlichen Irrtum vieler Großer, den Intellekt und den Willen der Mitmenschen mit den eigenen Maßstäben zu messen.

So predigte sie die Revolution als einen reinen Akt der vernunftgemäßen Einsicht, als Vollzug des Notwendigen. Voraussetzung zu einem solchen revolutionären Handeln war für sie, das Volk durch in die Tiefe gehende Bewusstseinsbildung mündig zu machen. Sie empfahl mühsamer Überzeugungsarbeit durch realistische ungefärbte Information und lehnte politischen Terror und persönliche Schikane strikt ab.

Unabdingbares Prinzip jeglichen politischen Fortschritts war für Rosa Luxemburg die Demokratie. Einer Klassen-Elite und deren einsamen Beschlüssen mißtraute sie zutiefst. Auch in einer revolutionären Phase wollte sie - selbst qualitativ richtige - Entschlüsse nur dann für legitim angesehen wissen, wenn diese auch quantitativ durch überzeugende Mehrheiten getragen wären. Dieser "demokratische Revolutionarismus" brachte sie in scharfen Gegensatz zu Wladimir Iljitsch Lenin, der eine demokratische Methodik der Revolution für unpraktikabel und hinderlich ansah. Sie aber sah klar voraus, daß ein Revolutionär, der auch nur vorübergehend die demokratischen Prinzipien verleugnet, nach dem Sieg seiner Sache - allein schon aus psychologischen Gründen - nur sehr schwer, wenn überhaupt, auf den Boden der Demokratie zurückfindet. Und gerade für die Zeit nach dem Sieg der Revolution forderte Rosa Luxemburg eine maximale Demokratie, die in Praxis und Ethik der oftmals nur formaler und manipulierbaren Demokratie der bürgerlichen Epoche weit überlegen sein sollte.

1917 schreibt sie in ihrer Untersuchung der russischen Revolution: "Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, an Stelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen. Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelobten Land, wenn die sozialistische Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat." 1968 ist dies wohl - mit halbjahrhundertlicher Spätzündung - in Prag aufgeklämmert.

Haben es auch alle die begriffen, die sich hier auf die hingewordete Prophetin berufen?

In Form eines Fernsehspiels hat Prof. Walther Jens vor einiger Zeit den "Fall Rosa Luxemburg" vor einem "Gericht der Toten" aufgerollt. Zum dramatischen Höhepunkt wird die Szene, in der die Darstellerin der "roten Rosa" ihre Zukunftsvision einer vermenschlichten Gesellschaftsordnung entwickelt. Ihre Gegner und Mörder, aber auch ihre vermeintlichen, sie jetzt verleugnenden kommunistischen "Freunde" stützen auf sie zu und rufen unisono: "Wie wird das sein, du Träumerin, nie!" Da erhebt sich der Ankläger, der Rosas Sache vertritt, und hält den Zweiflern und Spöttern entgegen:

"Seid nicht so sicher, ihr -
Es könnte sein, daß einer lernt!"

Jugoslawiens Rolle während der Krise um die OSSR

Belgrad eindeutig auf der Seite der Prager Reformer

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Demonstration der Einheit des Vielvölkerstaates Jugoslawien war die erste Reaktion der südslawischen Kommunisten auf die militärische Intervention der fünf Warschau-Paktstaaten in der Tschechoslowakei. Auf einer eilig einberufenen Sitzung der Führungsorgane des "Bundes der Kommunisten Jugoslawiens" nahmen, neben Tito, der eine deutliche Verurteilung der sowjetischen Maßnahmen aussprach, vor allem solche Vertreter das Wort, die im Ausland, unter den gegebenen Umständen vor allem im östlichen, leicht als Repräsentanten von Sondergruppen angesehen werden könnten, mit deren Hilfe man die Einheit Jugoslawiens zerschlagen könnte - Vertreter der nationalen Minderheiten wie etwa der Skiptaner, die ein Gebiet unweit der albanischen Grenze bewohnen, in der Wojwodina, siedeln, außerdem Repräsentanten der Armee, der Intellektuellen und der Jugend.

Aber nicht nur auf der offiziellen Ebene wurde die Einheit Jugoslawiens demonstriert, sondern auch von den einfachen Menschen, die sich vor allem durch eine überraschende Anteilnahme gegenüber den tschechoslowakischen Touristen auszeichneten, die sich während der spannungsgeladenen Tage in Jugoslawien aufhielten.

Das wichtigste Ergebnis dieser Meinungsidentität zwischen Partei und Volk ist ohne Zweifel eine abermalige Bestätigung der Autorität Titos und des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, der abermals als Vertreter der nationalen Unabhängigkeit aufgetreten ist und sofort versuchte, unter dem Druck der Ereignisse in den Reihen der unzufriedenen Jugendlichen und Studenten neue Anhänger zu finden.

Weniger erfreulich waren die ersten Resultate der jugoslawischen Diplomatie, denn Versuche, innerhalb des Weltfriedensrates eine möglichst breite Mehrheit für eine Verurteilung der Intervention zu sichern, scheiterten am Zögern blockfreier Staaten wie Indien und Pa-

kistan, die miteinander selbst in einen Konflikt geraten sind und natürlich jeden Anschein vermeiden möchten, sie distanzieren sich vollkommen eindeutig von der Sowjetunion, sowie Algerien, zu dem Belgrad seit langem keine einwandfreien Beziehungen mehr hat. Mit anderen Worten: In jenem Augenblick, in dem sich Jugoslawien selbst für bedroht hielt, verweigerten die neutralistischen Bündnispartner Titos Belgrad ihren diplomatischen Beistand. Der "Block der Blockfreien" hat noch einmal bewiesen, daß er in seiner klassischen Form funktionsunfähig ist.

Daher griff Jugoslawien nach dem gescheiterten Versuch, den Welt-sicherheitsrat gegen die Sowjetunion zu engagieren, einen Plan der sich in Belgrad aufhaltenden tschechoslowakischen Politiker auf, der auch die Unterstützung Rumäniens gefunden hatte, nämlich eine Konferenz der europäischen kommunistischen Parteien einzuberufen. Aber schon schnell wurde den Jugoslawen deutlich, daß sie selbst nie als Führer eines solchen Blocks der europäischen kommunistischen Parteien anerkannt würden - da gibt es andere Interessenten wie zum Beispiel die KP Italiens und entschiedene Gegner wie etwa die KP Frankreichs.

Flitzschnell steckte man daher auch diesen zweiten Versuch, eine aktive Rolle im sowjetisch-tschechoslowakischen Konflikt zu spielen, wieder in die Schreibtischladen, um sich nun einer dritten Möglichkeit zu entsinnen: Der Einberufung einer Konferenz der nichtengagierten und friedliebenden Länder auf einer sehr breiten Ebene, auf der zum Beispiel sogar Frankreich noch Platz finden könnte. Eine solche Konferenz sollte nach jugoslawischen Vorstellungen die mittleren Kräfte stärken, deren Einfluß jedoch in Belgrad selbst nicht mehr überschätzt zu werden scheint. Noch während der Krise in der CSSR ließ Marschall Tito den amerikanischen Botschafter in Belgrad, Elbrück, zu sich rufen, um ihn zu bitten, Präsident Johnson den jugoslawischen Wunsch nach unvermindertem amerikanischen Einfluß auf dem europäischen Kontinent zu übermitteln.